



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	047-2024
Vorstossart:	Motion
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.67
Eingereicht am:	07.03.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	de Quervain (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in) Dubler (Bern, GRÜNE) Buri (Konolfingen, GLP) von Greyerz (Bern, SP) Esseiva (Bern, FDP) Leuenberger (Uetligen, EVP) Kohli (Wabern, Die Mitte)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz bei Erasmus+

Der Regierungsrat wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden und sich dafür einzusetzen, dass der Bundesrat den eidgenössischen Räten eine Finanzierungsbotschaft für Erasmus+ vorlegt.

Begründung:

Im Dezember 2023 verabschiedete der Bundesrat das Verhandlungsmandat, das insbesondere die Wiederassoziiierung von Erasmus+ und Horizon Europe beinhaltet. Damit steht der Weg offen, die Vollassoziiierung von Horizon Europe und Erasmus+ mit der EU neu zu verhandeln.

Die Welt der Berufs- und Hochschulbildung, aber auch die Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und der Sport leiden seit 2014 stark unter der Nichtassoziiierung von Erasmus+. Die Schweiz als starker Bildungs- und Forschungsstandort muss Teil sein dieser beiden Programme, welche die Bildungsqualität und die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Deshalb braucht es jetzt ein klares Signal an den Bundesrat, dass es dringend einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit der EU braucht. Eine Grundvoraussetzung für den Erfolg ist, dass der Bundesrat nun möglichst schnell die innenpolitische Weichenstellung für die Finanzierung auf den Weg bringt. Deshalb ist es relevant, dass die Kantone, die für die Hochschulbildung zuständig sind, sich ebenfalls äussern und für die Finanzierung der beiden Projekte stark machen.

Während der Bundesrat bereits im Jahr 2020 die Botschaft zur Finanzierung der Vollmitgliedschaft der Schweiz bei Horizon vorlegte, fehlt dies bei Erasmus+ bis heute. Diese Motion soll

den Regierungsrat beauftragen, beim Bund vorstellig zu werden und den Bundesrat dazu aufzufordern, dem Parlament zu gegebener Zeit eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Bildungspolitik ist laut Bundesverfassung in der Kompetenz der Kantone. Gleichzeitig sind diese bei den Verhandlungen zu Erasmus+ oder Horizon kaum eingebunden. Mit dieser Motion setzt der Kanton Bern ein klares Zeichen, dass er hinter Erasmus+ steht und dass eine Teilnahme an Erasmus+ für den Kanton Bern von grosser Wichtigkeit ist.

Verteiler

– Grosser Rat